



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917**

470 (8.10.1917) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-171606](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-171606)



eine mächtige Neudeutschlandspartei erstünde, die ungleich dem Gebilde des Herrn Kapp keinen deutschen Volksgenossen ausschloße, der bereit ist, endlich dem Gerode ein Ende zu machen und dem Siegeswillen freien Lauf zu lassen.

Die nationalliberale Partei und die Lage.

Auf dem Vertretertag der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover, der, wie bereits kurz berichtet, gestern in Hannover stattfand, hielt Dr. Stresemann einen längeren Vortrag über die deutsche Reichspolitik.

Er ging davon aus, daß wir in einer Zeit schwerer Kämpfe und heftiger Friedensgedanken stehen. Kühnmann habe im Hauptauschuss des Reichstages gesagt, daß wir im letzten Kriegsjahre stehen, und Lord Cecil habe von der letzten Phase des Weltkrieges gesprochen. Jetzt stellen die Völker ihre letzte Anspannung, denn sie empfinden, daß die Grundlage ihrer Zukunft festgelegt werden soll. Von diesem Gesichtspunkt aus warf Dr. Stresemann ein Bild auf die Lage. Es sei unmöglich, das zu tun, ohne Hindenburg zu gedenken. Hindenburg sei die Kraftquelle für Deutschlands Gegenwart und Zukunft, er sei nicht nur ein militärisches Genie, sondern auch Deutschlands bester Diplomat, im ganzen eine Veranschaulichung deutschen Wesens. Seine eigene Siegesgewisheit trage auf das deutsche Volk über, und so sei er über alle Parteien hinweg zum Nationalhelden deutschen Wesens geworden. Ihm sei es zu danken, wenn der Feind nicht im Lande stehe, wenn Deutschland auf Grund einer glänzenden Lage in einmalige Friedensverhandlungen eintreten könne. Hindenburg habe gesagt, unsere militärische Lage sei glänzender als je. Und seit er diesen Ausdruck getan habe, sei die Lage nur noch besser geworden. Es müßte stets die höchste Bewunderung erwecken, was Deutschland militärisch zu leisten gewußt habe. Eine Welt von Feinden stehe gegen uns, es gäbe keinen Handlanger, der nicht seine Hilfswörter ins Lager unserer Feinde sende. Und diesem Kampf halbe das deutsche Volk im vierten Kriegsjahre stand. Was in Flandern geschehe, das sei ein Heldentum von unbeschreiblicher deutscher Kraft. Ueberall kämpfte Deutschland in der Vorkriegszeit. Im Osten habe Kerenski von dem Verhältnis von Sibirien gegen uns gesprochen, im Westen stehe das deutsche Heer im Trümmerfeld gegen die Munition, die eine ganze Welt erzeugt habe. In Gallien und bei Nizza, überall sei es der Kampf einer Minderheit gegen die Mehrheit. Hier sei es wahrhaft der Geist, der sich den Körper gebe.

Dr. Stresemann ging alsdann auf den U-Bootkrieg ein und berührte zunächst dessen politische Wirkung. Amerika sei gegen uns in den Krieg getreten, ebenso China und ein großer Teil Südamerikas habe die Beziehungen abgebrochen. Die Frage müsse aber erhoben werden, ob das die Schuld des U-Bootkrieges sei. Gute Kenner Amerikas hätten berichtet, daß der U-Bootkrieg durchzuführen gewesen sei, ohne eine Verfechtung und Erleichterung unserer weltpolitischen Lage. Und wenn jetzt der letzte südamerikanische Staat in gespannten Beziehungen zu Deutschland stehe, dann müsse man nicht dem U-Bootkrieg, sondern vor allem der Diplomatie die Verantwortung dafür zuschieben. Am übrigen aber sei in bezug auf die Wirkungen des U-Bootkrieges die Voraussage des Admiralsabbe und des Reichsmarineministers vollst. eingetroffen. Amerika habe auch heute noch sein Heer auf den Kriegsschauplatz werfen können. Was aber an Handelschiffen in seine Hand gefallen sei, das sei unbrauchbar gemacht und zerstört. Auf der anderen Seite müsse man die militärischen Wirkungen des U-Bootkrieges in Betracht ziehen. Es sei falsch, zu behaupten, daß der Reichstag sich über die Wirkungen des U-Bootkrieges habe irreführen lassen. Man könne nicht, wie Engelberg es getan habe, davon sprechen, daß England die ganze Welt handelsflottig, ob seiner Verfügung habe. Der Schiffstrom auf den amerikanischen Binnenjahren sei überhaupt nicht für England nutzbar zu machen, und ebenso wenig könne die Rede davon sein, daß England zuliebe der Verkehr an den amerikanischen Küsten, im Stillen Ozean oder zwischen Japan und Amerika eingestellt werden könnte. Die Wirkung des U-Bootkrieges gehe mit aller Deutlichkeit aus den Ergebnissen der feindlichen Presse hervor. Man müsse daraus, daß in Sibirien große Mengen von gefrorenem Fleisch und von Wolle lagern, die England nicht verkaufen könne. Dasselbe habe Bolha für Südamerika zu geben. Die Ergebnisse der feindlichen Presse aber seien ein unerschütterliches Zeugnis über die vernichtende Wirkung unserer U-Bootoffensive. Aller Kritik müsse man die Frage entgegenhalten: wie können wir jetzt da ohne den U-Bootkrieg? Ohne ihn würde England in ungehöriger wirtschaftlicher Einseitigkeit leben und darauf warten können, daß wir wirtschaftlich immer blutleerer werden. Bis zur Eröffnung des U-Bootkrieges waren wir der Welt, jetzt sind wir der Hammer, der auf England niederschmettert und es zwingt, den Krieg mit der Wut in der Hand zu führen. Wenn wir so dem Frieden näher kommen, dann ist es denen zu danken, die sich zu dem Entschluß des unbefchränkten U-Bootkrieges durchzwingen mußten, und wenn die nationalliberale Partei mit verantwortlich gemacht wird, so werden wir diese Verantwortung gern tragen.

Dr. Stresemann wies dann auf

Rußlands Zusammenbruch

hin. Aus vielen Aussagen sei erkennbar, daß England seinen östlichen Bundesgenossen vorzuziehen beginne. Rußland und Sibirien seien militärisch noch auf der Höhe. Man habe aber nur zu wenige Zeugnisse für die Gemüths- und den Willen der russischen Bevölkerung, wenn Deutschland sich Hilfe und Durchhalte.

Dr. Stresemann zeichnete dann ein Bild von Deutschlands wirtschaftlicher Lage.

Er wies darauf hin, daß wir mit militärischen Hoffnungen für jede Dauer des Krieges ausgerüstet seien. Das sei das Entscheidende, wenn auch für die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung die Volksernährung und die Ernährung erschwert sei. Was die wirtschaftliche Lage der einzelnen angehe, so sei vielleicht noch für keinen Staat in Deutschland so geklagt worden wie für die Munitionsarbeiter jetzt geklagt sei. Demgegenüber stehen die Bemühungen des gewerblichen Mittelstandes und die schwierige Lage der Feldbesitzer. Hier einzugreifen, sei eine der wichtigsten Aufgaben, die man lösen müsse.

Dr. Stresemann kam dann auf die

Friedensresolution

vom 19. Juli zu sprechen. Diese Resolution habe zu einer Scheidung der Welt geführt. Die Frage sei eine zweifache. Es handle sich darum, wie der Friede zu erlangen sei und wie der Friede beschaffen sein müsse. Dr. Stresemann gedachte hier zunächst der wertvollen Mithilfe unserer Bundesgenossen. Er hob die Leistungen der Türkei hervor und wies darauf hin, daß Bulgarien erklärt habe, daß es nicht etwa einen Verteidigungskrieg führen wolle, sondern daß es die feste Absicht habe, Kowobonien zu befreien. In Oesterreich-Ungarn sei die Stimmung jetzt nach den erfolgreichen Waffenstillstand besser geworden. Man dürfe aber nicht verschweigen, daß sich dort Elemente an die Öffentlichkeit drängten, deren Politik im Friedenszeiten nie deutschfreundlich gewesen sei. Die letzte Rede des Grafen Czernin sei fester vom österreichisch-ungarischen Standpunkt aus verständlich und geschickt gewesen. Sie entspreche sich aber mit ihren Gedanken gängen weit von deutscher Auffassung. Die Entschärfung der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli habe Deutschland in zwei Heerlager gespalten. Es sei aber nicht richtig, wenn man Gegenüber im parlamentarischen Empfinden daraus mache. Die Anhänger der Friedensresolution hätten vom Herrn Schmitt eine unmittelbare Wirkung auf Rußlands und Englands Haltung erwartet. Scheidemann habe sogar von der Möglichkeit gesprochen, daß das englische Unterhaus in ein paar Tagen mit einer ähnlichen Resolution antworten werde. Diese Rechnung sei aber ganz verfehlt gewesen. Am neutralen Stande habe die Resolution zunächst den Eindruck hervorgerufen, als habe Deutschland vor keinem Zusammenbruch. Im feindlichen Ausland aber sei man darüber hinweggegangen und Kerenski habe sich auf dem Nationalkongreß nicht einmal erwähnt. Wenn die Stimmung im Ausland inzwischen eine andere geworden sei, so sei das

Hindenburgs Siegen zuschreiben, nicht aber auf Rechnung der Resolution zu setzen.

Die

Papstnote

so führte Dr. Stresemann weiter aus, sei vermutlich nicht allein in Rom entstanden. Der Papst würde diesen Schritt nicht unternehmen haben, wenn er nicht der Zustimmung Englands sicher gewesen sei. Die eine oder die andere Wendung in der Note verate auch englische Mitarbeiter. Man könne aus der Papstnote auch schließen, daß England bereit sei, ein Desinteressement an der Ostsee auszusprechen, wenn Deutschland dasselbe in bezug auf die Nordsee erkläre. Es sei auch nicht denkbar, daß England mit dem Verzicht der Abklärung einverstanden sei, denn der 1. Februar 1917 bedeute den Anfang eines neuen Abschnitts der Weltgeschichte. Die U-Bootwaffe entwirre sich unaufhaltsam zu einem unerschütterlichen Werkzeug gegen Englands Herrschaft zur See. Diese Waffe stumpf zu machen, liege deshalb in Englands Interesse, und es sei nicht denkbar, daß es sich aus diesem Grunde auch mit dem Gedanken der Abklärung befremde. Für Deutschland aber sei diese Art völliger Abklärung ebenso unannehmbar wie internationalen Schiedsgerichte in Lebensfragen der Nation. In bezug auf die deutsche Verantwortung der Papstnote legte Dr. Stresemann Verwahrung dagegen ein, daß auf die Entschärfung vom 19. Juli Bezug genommen worden sei. Kein Staat habe sich für die kommenden Friedensverhandlungen so gehalten, wie es der deutschen Regierung durch den Reichstag angeordnet ist. Die Regierung habe schon einen schweren Fehler begangen, als sie Polen preisgab. Eine Preisgabe Belgiens wäre, ganz abgesehen von der sachlichen Tragweite, ein zweiter schwerer lastlicher Fehler. Die einmütige Auffassung der nationalliberalen Reichstagsfraktion sei die, daß Deutschland den Kampf nicht der Eroberung wegen fortzuführen solle. Belgien dürfe aber weder militärisch, noch politisch, noch wirtschaftlich jemals ein Einflußgebiet oder ein Aufmarschgebiet unserer Feinde sein. Das Gebiet der russischen Ostereprovinzen müsse mit seiner deutsch-balistischen Bevölkerung für uns in dieser oder jener Form gewonnen werden. Was militärisch an Grenzicherungen notwendig sei, müsse erreicht werden, und aus der militärischen Lage müsse herausgeholt werden, was heranzubringen sei. Wenn Friede sei möglich, dann Hindenburg und Ludendorff ihre Zustimmung verweigern. In dieser Auffassung liege der Gegensatz zur Entschärfung vom 19. Juli. Man müsse allerdings heute sich fragen, was eigentlich die Auffassung der Mehrheit sei. Der Reichstagsrat von damals zeige bereits deutliche Risse. Habe doch die Nationalliberale Korrespondenz neuerdings dargelegt, daß die fortschrittliche Volkspartei auch in den Friedensschlüsseln der Jahre 1864, 1866 und 1870 einen Verständigungsfrieden sehe. Wenn Deutschland auch jetzt wieder einen solchen Verständigungsfrieden schloße, so könnte man damit wohl einverstanden sein.

Dr. Stresemann ging dann auf den Gegenstand und den Lauf der Reichstagsverhandlungen am Sonntag ein. Die nationalliberale Fraktion sei gegen anfängliche Verschiebung zugunsten der Sozialdemokratie. Sie sei aber auch gegen die Involvierung auf der Gegenseite. Der Standpunkt der Regierung sei in unglücklicher Form vertreten worden. Es hätte zu einem Konflikt gar nicht zu kommen brauchen. Er glaube aber auch, daß jetzt noch der Konflikt zu vermeiden sei, daß er jedenfalls im Interesse Deutschlands vermieden werden müsse.

Dr. Stresemann ging dann auf die Frage der inneren Politik

ein und behandelte hier insbesondere die Frage des gleichen Wahlrechts und der Parlamentarisierung. In bezug auf die Behauptung der inneren Politik habe die nationalliberale Reichstagsfraktion ihren Standpunkt geändert, und zwar weil die innere Politik mehr und mehr ein wesentlicher Bestandteil unserer Kriegspolitik geworden sei. Es sei für Deutschlands Ansehen und für Deutschlands Stellung im Krieg nicht gleichgültig, ob 120 Stimmen im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite abgegeben würden. Wenn innerpolitische Forderungen überhaupt ihr Haupt erhoben hätten, so stehe die Schuld bei denen, die duldeten, daß wir mit dem Deutschen Reich in den Krieg gegangen sind. Als dann aber die Wahlrechtsreform in Angriff genommen sei, sei der Oberertrag des Reiches ein Erkenntnis zu nationalliberaler Grundgedanken gewesen. Das könne man in der Partei nicht übersehen. Der Ruf nach der Parlamentarisierung sei ein Ruf nach Frieden gegen den Widerstand unserer diplomatischen Staatsmacht und des bisherigen Systems. Demgegenüber seien Englands diplomatische Vorfälle gar nicht zu leugnen. Unter diesen Umständen müsse eine Einvernehmlichkeit des Reichstages und eine Verwirklichung der großen Parteien zur Wiederherstellung herbeigeführt werden. Eine solche Verantwortung des Reichstages sei auch für die Regierung erträglich, als das noch unter der heutigen verunsicherten Mehrheit die Regierung zu zögern verstände. Es sei der Standpunkt des Reichstages, daß das Parlament sich erhebe in unerschütterlicher Kritik, die Überwindung der Verantwortung nun bei uns liege. Die Frage, ob eine tragfähige Mehrheit vorhanden sei, glaube er jedoch zu kennen. Die Grundfrage hierfür seien die Mittelpartei in den höchsten Richtungen und die Sozialdemokratie der Zukunft, ebenso in sozialpolitischen Fragen. Man dürfe sich nicht in einem Gegensatz gegen die Sozialdemokratie hemmeln lassen. Ein tragfähiger Modus, der die Verantwortung übernehme, müsse aber auch erkennen, daß das größte in parlamentarischer Hinsicht mit den Ansichten der Sozialdemokratie, die es in die Verantwortung einbringe.

Dr. Stresemann führte zum Schluß aus, daß die nationalliberale Partei bei der Wahl zum Reichstag und bei der Wahl zum Reichstag ein politisches Ziel nach unten, verbunden mit einer Politik der Wirtschaftlichkeit und sozialer Maßnahmen. Das müsse man in Zukunft bei der Wahl der Partei haben. Deutschland müsse nach dem Krieg in der Welt einen neuen Stand in der Welt gewinnen. Wenn das aber eine neue soziale Politik nicht aufbauen kann, so ist die Grundlage eines wirklich kaiserlichen Fortschritts, sondern auf der Grundlage der Wagnis für politischen Fortschritt und zum Bestehen der Substanten der Substanten Deutschlands. Man dürfe Vertrauen dazu haben, daß dann auch in deutschen Wäldern ein neues Leben für eine neue Ära der Politik. Frei nach unten und groß nach außen, das müsse das Deutschland der Zukunft sein. Dann werde auch der Wunsch des Reichstages wahr werden, daß Deutschland in die neue Zeit hinein gehe, groß, stark und frei dastehend unter den Völkern der Welt.

Telegramm an den Kaiser und an H. Hindenburg.

An den Kaiser wurde folgende Deutung befestigt:

Der nationalliberale Vertretertag der Provinz Hannover gelobt Euer Majestät, in unerschütterlicher Treue zu Kaiser und Reich durchzuhalten, bis der Gottesdienst, der durch feste Grenzen und starke Wehr Deutschlands Zukunft sichert für alle Zeiten.

An Hindenburg wurde folgendes Telegramm abgeschickt:

Der nationalliberale Vertretertag der Provinz Hannover buldigt Euer Excellenz, dem geliebten Volkshelden, mit dem Glauben, auszuhalten fürchtet und tren bis auf den Tag eines kaiserlichen, zukunftsweisenden Friedens, würdig all der herrlichen Taten unserer tapferen Feldherren unter Euer Excellenz unerschütterlicher festester Führung.

Der französische Sozialistkongreß.

Paris, 8. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. In der Sonntagsitzung des Sozialistkongresses sagte Barenne, ein Mitglied der Mehrheit, die einzige Frage sei die nach dem Werte des Friedens und nicht nach dem Zeitpunkt des Friedens. Er habe für die Teilnahme an der Sozialistkongress gestimmt, aber er werde nicht nach Stockholm gehen, um dort irgendwelchen Frieden herzustellen. Denn der Sozialismus dürfe seine Unterwürigkeit nicht unter ein vorläufiges Abkommen setzen. Er müsse die Sprache der Freiheit und der Klarheit sprechen. Ripart, ein Mitglied der Minderheit, sagte, er wolle weder für den Frieden eines Besiegten noch für den Frieden des Siegers stimmen. Denn der Sieger werde ohne Mittel sein. Zwischen beiden Möglichkeiten gebe es einen Weg für den Sieg des Rechtes, den Angolan, das er wolle. Die Mehrheit der Partei in der Regierung mochte Ripart von der Bewilligung der Hilfe für Stock-

holm abhängig. Er werde darin von Bodence unterstützt. Comptore-Roret befämpfe diesen Standpunkt und sagte, er würde jede Regierung der nationalen Verteidigung unterstützen und nur fordern, daß sie den Krieg eifrig betreibe und dann den Frieden beschleunige. Renaudel erklärte mit Ripart gegen Grimm und die Organisation von Ribot einer Meinung zu sein.

Paris, 8. Oktober. (W.Z. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas: In der Nachmittagsitzung der Sozialistkongress unter dem Vorsitz Barennes wurden die Zustimmungskundgebungen der russischen, italienischen und amerikanischen Sektion beraten. Ein Telegramm von Henderson wünscht den baldigen Zusammenritt einer Konferenz der Sozialisten der alliierten Länder und hofft, daß die französische Sozialistenpartei zur Einstimmigkeit über den Wiederaufbau der Internationale nach dem Krieg gelange und beständig schließliche Willen der englischen Arbeiter, den Krieg bis zu einem siegreichen Frieden fortzusetzen. Konstantinowitsch (Serbe) sprach über die Opfer seines Vaterlandes. Er erklärte, an seiner Pflicht gegenüber der Internationalen festhalten zu wollen. Ein Zwischenfall entstand dadurch, daß der Vertreter von Port Cahin Klage erhob, weil das Begrüßungstelegramm der russischen Sozialistischen Partei auf dem Kongreß nicht eingegangen sei, welches er nur aus der Presse kenne. Renaudel stimmte ihm bei und brachte einen Beschlüß vor, der von der Regierung die sofortige Auslieferung der vollständigen Wskrift des Telegramms fordere. Dubruil (Parteiexklusiv) bemerkte, das Telegramm könne nach Paris, dem Siege der Partei, gerichtet sein, anstatt nach Bordeaux. Darauf sprachen verschiedene Redner über die Beschlüßtrüge der Mehrheit und Minderheit. Ripart war für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Barenne antwortete: „Zum Frieden gehören zwei“. Ripart erwiderte: „Deshalb sind wir so nach Zimmerwald und nach Kienthal gegangen, um die deutschen Sozialisten zur Arbeit für den Frieden aufzufordern.“ Bodence bemerkte dagegen: „Die Antwort für Euer Engagement kommt von Euch bei Nizza.“ Ripart widerlegte den unpolitischen Grundgedanken von Bodence, eines möglichst baldigen Friedens willen habe man einstimmig beschloßen, nach Stockholm zu gehen. Die allgemeine Aussprache soll am Montag zu Ende geführt werden.

Ein Belgier über die belgische Zukunft.

Brüssel, 6. Oktober.

Im Haager „Nieuwe Courant“ vom 27. September äußert sich in sehr bemerkenswerter Weise Leo Ricard, ein sehr guter Kenner der flämischen Bewegung, über die Zukunft Belgiens. Wenn wir auch auf deutscher Seite keineswegs mit allen seinen Darlegungen einverstanden sein können, so muß man doch zugeben, daß sich seine besonnene und eingehende Art, die Dinge zu beurteilen, recht vorteilhaft abhebt von den üblichen oberflächlichen Hegartikeln der belgischen Flüchtlingspresse. Ein amtierendes Belgien, meint er, bedeutet einen schlechten Frieden, einen Frieden, der den Keim künftiger Kriege in sich trägt, einen Frieden ohne Entwicklungsmöglichkeit. Ein Frieden dagegen, der Belgien wieder herstellt, bei dem die belgischen Interessen mit den allgemeinen Interessen in Uebereinstimmung gebracht werden, wäre ein wirklicher europäischer Friede, der den europäischen Grund eines Völkerbundes befördern könnte. Belgiens Wiederherstellung ist erst möglich, wenn sichere Bedingungen durch einen Verständigungsfrieden erfüllt sind. Juristisch ist Belgien noch immer, was auch einige Kreise in Brüssel wünschen mögen, ein neutrales Land. Tatsächlich ist auch, trotz des harten Druckes der militärischen Besetzung und der harten Kämpfe, an der Pfier, ein sehr großer Teil der Bevölkerung in seinem politischen Urteil neutral geblieben. Die belgische Neutralität aber ist eine allgemeine europäische Einrichtung, die nur dann wieder hergestellt werden kann, wenn die zwei größten Mächte Europas, England und Deutschland, ihr feindseliges Verhältnis aufgeben. Die erste Bedingung für Belgiens Herstellung ist die Wiederherstellung des internationalen Rechtslebens. Die zweite Bedingung ist der freie Handelsverkehr. Er ist für alle Länder, die selber nicht an eine wirtschaftliche Selbständigkeit denken können, eine Notwendigkeit, für Belgien in Anbetracht seiner zahlreichen Bevölkerung noch mehr als für die anderen Belgien kann nur gegeben sein als ein Mittelpunkt, nicht aus sich selbst heraus. Freihandel nicht in einem absoluten und dogmatischen Sinne, sondern in einem sachlich-relativen, der mit den historisch gewordenen Zuständen rechnet. Die Klausel der Wirtschaftsförderung kann dazu beitragen, mangels eines besseren Systems, gute Dienste leisten.

Über die Beziehungen zwischen den Völkern, sagt Ricard, werden nicht allein durch juristisch-politische und wirtschaftliche Verhältnisse geregelt. Auch die kulturellen Faktoren sind dabei von großem Gewicht, und wer wirklich einen dauerhaften Frieden will, der muß jetzt für das Eintreten, was Friedrich Meineke Kräfte die geistige Demobilisierung genannt hat. Hierbei hängt insbesondere die Flämische eine bedeutende Rolle spielen. Aber bei der Erörterung über die belgische Frage vertritt, daß Belgien kein nationaler Staat ist, und daß sehr starke Kräfte — man kann wohl sagen Naturkräfte — sich dem Nationalisierungsprozeß widersetzen, der von Brüssel durch eine neue Wiederherstellung, die aber über die politische Macht verfügt, geleitet wurde, der treibt sehr schlechte internationale Politik, denn er vernachlässigt bei einem wichtigen Problem einen sehr wichtigen Faktor. Die flämische Bewegung darf nicht als ein Vorwand des Rechtsstrebens angesehen werden, sie ist eine Kraft in sich selbst, und die Flämiganten, alle ohne Unterschied, sind ausgesprochene Gegner eines „größeren Belgiens“ und halten fest — die passivistischen Zeltungen Brüssel und De Stem mit Belgien sowohl wie die verständigen Kräfte — an der belgischen Neutralität. Keiner von ihnen darf Optimismus erwarten von einem Boykott gegen Deutschland, und die meisten von ihnen wissen, daß der Krieg andere Ursachen gehabt hat als die Barbarei des deutschen Volkes oder die bösen Pläne der Herren in Berlin. So ist die flämische Bewegung eine aus sich selbst wirkende Kraft der flämischen Gedanken. Flämern — und wir hoffen, daß es auf der Höhe seiner Aufgabe sein wird — kann bei dem Frieden und in Zukunft als ein friedensförderndes Element wirken. Das wird es um so besser können, als es darin überein geht mit den anderen neutralen Völkern, voran die Niederlande, das Kernland der niederländischen Kultur, die auch die flämische Kultur ist. Um dieses Element zu führen, wird es gut sein, wenn bei Kriegsende die ausgesprochen demokratische flämische Sprachenfrage in Belgien durch die Regierung zu einer Lösung gebracht wird, ohne daß die demokratischen Einwirkungen Belgiens davon berührt werden. Wer dazu beiträgt, hilft nicht allein Flämern, sondern wirkt auch für die Zukunft Europas. Wer dagegen arbeitet — und das sind die Franzosen und die Jungflamen — ist aufs schärfste zu verurteilen. Belgien wird der Weltling Europas genannt, aber platonische Erklärungen von der einen Seite und bedingte Versprechungen von der anderen, können dem Lande nicht helfen. Nur derjenige kann Belgien wirklich dienen, der für einen guten allgemeinen Frieden arbeitet: für eine englich-deutsche Annäherung, für wirtschaftliche Freiheit und für geistige Demobilisation.



Der Konsumverein Mannheim hält Dienstag abend 8 Uhr seine ordentliche Generalversammlung im „Hödenkeller“ ab. Die Tagesordnung umfaßt außer dem Geschäfts- und Kassenbericht sehr wichtige Punkte, weshalb eine zahlreiche Beteiligung der Mitglieder dringend erwünscht ist.

Prämien für Sammeln von Brennholz. Viele Brennholzstämme sind noch ungeerntet, die jetzt reiflos gesammelt werden müssen. Die Reichsfeuer-Vermerks-Besellschaft m. b. H., Berlin SW, 68, Schützenstraße 65/66, genehmigt jedem Sammler, welcher nach dem 1. Oktober seiner Sammelstelle auf einmal mindestens 10 Kilogramm völlig trockene und entblätterte Stengel abliefern, neben dem bisherigen Sammellohn von 14 Pf. pro Kilogramm die gleiche Summe noch einmal als Prämie von 14 Pfennigen pro Kilogramm, so daß sich der Sammellohn bei Ablieferung von 100 Kilogramm von 14 Mk. auf 28 Mk. erhöht. Die kleinen Prämien, welche bisher für Ablieferung von mindestens 5 Doppelzentnern gezahlt wurden, kommen vom 1. Oktober ab in Wegfall. Durch die neue Prämie gestaltet sich das Sammeln sehr lohnend, ganz besonders aber, wenn auch die trockenen Blätter, für welche 24 Pf. für 100 Kilogramm gezahlt werden, mit abgeerntet werden.

Schnee im Schwarzwald. Aus dem Schwarzwald wird uns telegraphisch mitgeteilt: Im gesamten Schwarzwald ist Samstag abend ein plötzlicher Umschlag vom spätsommerlichen zum winterlichen Wetter erfolgt. Bis auf die Höhe von 700 Meter herab lagte ein kaltes Schneegewitter ein und in den höheren Lagen über 1000 Meter bildete sich sogar, nachdem es die ganze Nacht hindurch geschneit hatte, eine leichte Schneedecke. Auch am Sonntag schneite es in den Bergen bei einer Temperatur, die um den Gefrierpunkt schwankte.

Schiffsunfälle. An dem Schlepplahn „Petrus Franziskus“, der mit einer Kohlenladung infolge Festhaltens an der Kraussaus Seils Befestigung hat und gegenüber von Radesheim im Johannisgraben gesunken liegt, wird die Kohlenladung durch einen Dampftraktor in einen langsam fließenden Kahn geleistet. Das beschädigte Schiff liegt tief im Wasser. Die vorüberfahrenden Boote und Schlepplahne müssen mit Vorsicht umfahren. Der unterhalb von Radesheim liegende gesunkene Kahn liegt noch ruhig. Er hängt etwas über. Sobald die Arbeiter an dem im Fahrwasser gesunkenen Schiff fertiggestellt sind, werden sie an diesem Kahn aufgenommen. — Der in Bingen liegende Kahn „Otto Margareta“ wird ebenfalls gegenwärtig geleistet. — Das im Anhang eines Schraubendampfers bergwärts mit einer Kohlenladung fahrende Schiff „Helmke“ war mit Leckern der Ladung in Salzig fertig geworden und wurde von dem Boot ins Schleppboot genommen. Der Strich lag ab und das Schiff trieb quer gegen den Anker eines anderen Schiffes wodurch es fast unterging. Der Hinterteil des Schiffes ist noch über der Wasseroberfläche zu sehen. Durch den Unglücksfall wurde das Lauffahrwasser vollständig gesperrt. Auf der Strecke zwischen Bingen und Koblenz liegen nunmehr vier gesunkene Schiffe und zwar eins in Koblenz, eins bei Salzig, und zwei bei Radesheim, ohne den bei Radeberg schon lange gesunkenen Kahn, an dem alle Hebungsvorkehrungen erfolglos bis jetzt geblieben sind.

Das Fest der Hibernen Hochzeit bezieht am morgigen Dienstag Abendmeister Adam Bacher mit seiner Ehefrau geb. Wolffert, Redarstraße, Haus 15b.

**Mannheimer Künstlertheater „Apollo.“**

„Wiener Blut“, Operette in 3 Akten von Viktor Leon und Leo Stein, Musik von Johann Strauß, gehört zu den Werken, die in Mannheim weniger bekannt sind, obwohl die Lust allein schon verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden, da sie farbenreich und temperamentvoll ist und ganz den Wiener Schmiss besitzt, der die Schöpfungen des bekannten Komponisten so beliebt gemacht hat. Die Handlung hebt sich wenig über das Niveau neuerlicher Operettenlibrettos. Am Reizpunkt der Handlung steht ein leichtlebiger Graf, der schließlich ruhevoll zu seiner Gattin zurückkehrt, weil er findet, daß sich die Lebensgefährtin durchaus mit seinen „Maitrons“ messen kann. Im Großen und Ganzen recht erheitert und unterhaltend in den geschickt zusammengewürfelten Einzelheiten, aber wenig moralisch und tugendhaft.

Bei der gestrigen Uraufführung, die vor völlig ausverkauftem Hause stattfand, interessierte in besonderer Maße Hofopernsänger Edwin Diesterich vom Stuttgarter Hoftheater, der den Kammerdiener Josef mit so prächtigem Humor und dabei so sicher und gewandt gab, daß man glauben konnte, der Coste gehöre schon seit langer Zeit zum Verband des Künstlertheaters. Da Herr Diesterich zudem über einen prächtigen, wohlklingenden Bariton verfügt, so gestattete sich sein erstes Auftreten, dem hoffentlich noch recht viele weitere folgen werden, überaus gut. Kurt Oberland-Kisch, der unter sehr günstigen Bedingungen auf mehrere Jahre an das Puppentheater verpflichtet wurde, gefallt immer von neuem durch sein bescheidenes Auftreten, zu dem sich ein ungemein sympathisches Spiel gesellt. Weiter hat er noch unter der färslich eingetretenen stimmlichen Indisposition zu leiden, jedoch er die Rolle des leichtfertigen, kaiserlichen Grafen nur unter großer Anstrengung durchführen konnte. Ganz reizend war wieder Emma Sturm als Probiermamsell Tippi, vor allem in ihrem temperamentvollen Spiel. Bis Neudlung hat Käthe König in der Rolle der Tänzerin Gagliardi eine recht befriedigende Gesamtleistung. Die Kerosolität des ersten Auftretens machte sich bei der Tonbildung in der Höhenlage und in dem manchmal allzu temperamentvollen Spiel bemerkbar. Toni Steinmann bestrahlte als Gedfin den guten Eindruck, den wir in

der Rolle der „Geschiedenen Frau“ von der neu verpfändeten Künstlerin gewonnen hatten. Nur möchten wir ihr noch mehr „Wiener Blut“ wünschen. Auch sollten die Toiletten mehr auf die geschmackvolle Eleganz des Barockes abgestimmt sein. Aber das ist eigentlich Sache der Regie, die von August Kreisler mit Geschick und Geschmack geführt wurde, der als Vater der Tänzerin die verantwortliche Leistung des Abends hat. Robert Scheger besand sich als Premierminister auf dem unrichtigen Platz. Die übrigen Rollen waren mehr oder weniger gut besetzt. Kapellmeister Langkrieh dirigierte mit gewohnter Umsicht und Feinheit. Die Darbietungen, die die ersten beiden Akte mit vornehmem Geschmack ausgeführt hatte, war im dritten Akt ein Fehlschlag. Das ist doch keine Gartenfeste. Das Sonntagspublikum war sehr lebhaft und äußerst besuchbar.

**Kommunales**

Mainz, 7. Okt. Die Einbürgerungsversammlung hat in öffentlicher Sitzung den jetzigen Oberbürgermeister Dr. Emil Götzelmann, dessen erste Amtszeit von zwölf Jahren abgelaufen war, auf weitere zwölf Jahre wiedergewählt. Dr. Götzelmann wurde 1905, nachdem er ein Jahr Beigeordneter in Mainz gewesen war, zum Oberbürgermeister gewählt. Er kammt aus Württemberg in Rheinhessen und führte die Stadterweiterung unter nicht leichten Umständen aus der vorkrieglichen Zeit. In der Entwicklung der letzten Jahre glückte ihm — in nichtöffentlicher Sitzung beschloß die Stadtverordnetenversammlung, die Gehälter des Oberbürgermeisters sowie der beabsichtigten Beigeordneten um je dreitausend Mark zu erhöhen. Damit folgten die Gehälter des Oberbürgermeisters Dr. Götzelmann auf siebzehntausend Mark zuzüglich dreitausend Mark Repräsentationsgeldern, die von Bürgermeister Dr. Kölsch auf zwölftausend Mark und die von Bürgermeister Gombert auf elftausendfünfhundert Mark.

Remscheid, 6. Okt. Die Stadtverordneten-Versammlung sprach sich in ihrer letzten Sitzung gegen die durchgehende Arbeitszeit in den Betrieben, insbesondere auch für die Stadterweiterung aus mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten in den Ernährungsverhältnissen. Auch würde die Beamtenschaft nicht ausreichen, um die notwendigen Arbeiten zu erledigen, und die Abfertigung des Publikums würde bei dieser Einschränkung leiden. Weiter sprach man sich dahin aus, der allgemeine Badenurlaub um 6 Uhr sei für die diesjährigen Verhältnisse zu früh. Die Schließung der Geschäfte zur Mittagszeit, die eine Erparnis an Licht und Kohle nicht bringen könne, wird für unerwünscht gehalten, ebenso eine Schließung der offenen Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen. Auch wird gebeten, die Poststunden nicht vor 10 Uhr festzusetzen. — Die Versammlung sprach sich in der Mehrheit dafür aus, den Versuch zu machen, auf den Kopf der Bevölkerung eines Reiner Kartoffeln einzuführen. Der Ertrag eines einzigen Aekers zum Schutz der Meier mit den Befugnissen der Bundesratsverordnung vom 28. Juli 1917 wurde festgestellt. Das hier schon bestehende bismarckische Einigungsamt soll entsprechend ausgebaut werden. Für die Schulverordnungen der Schuländer wurden 20.000 Mark zur Verfügung gestellt; es sollen jedoch Schulstühle ein Paar Schube mit Leder- oder Eisenfüßen auf städtische Kosten beschafft werden.

**Aus dem Großherzogtum.**

Karlsruhe, 8. Okt. (Dr.-Tel.) Wie wir erfahren, wird voraussichtlich noch im Laufe des Monats Oktober das badische Kurgesetz die erste elektrische Kraft abgegeben können, nachdem es gelungen ist, bei der guten Witterung der letzten Zeit das große Kugelschloß abwärts von Forbach fertigzustellen.

Bad. Badersweiler, 7. Okt. Im Wohnhaus des Drehers Georg Erhardt hier droht Feuer aus. Dem Brand fielen das Wohnhaus und die Oefenomgebäude zum Opfer. Der Gebäudeschaden betrug etwa 20.000 Mark; der Sachschaden 15.000 Mark. Der Brand ist dadurch entstanden, daß die 14 Jahre alte Tochter in eine brennende Petroleumlampe Petroleum nachgeben wollte; dadurch erglöhete die Lampe und die Kleider des Mädchens gingen Feuer. Der Vater nahm seiner Tochter die Lampe ab, um damit ins Freie zu gehen und sie zu löschen. Dabei gingen die vor der Haustür unter dem Dach aufgehängten dicken Seehnen Feuer, welches sich bei dem trockenen Wetter mit großer Schnelligkeit weiter verbreitete. (Kehler Ztg.)

Bad. Dillendorf, 7. Okt. Ein frecher Einbruchsdieb hat hier in dem 3. H. unbewohnten Mietshaus das nach dem Kriege hier praktizierende Dr. med. Koch entlockt. Dessen Braut hatte ihre neue Ausstattung im Hause eingekauft und war auf einige Zeit abgereist. Unterdessen wurde, wie angenommen ist, durch das eingeschlagene Rückfenster einbrochen, wertvolle Kleidungsstücke, Teppiche, Schmuck usw. im Werte von über 1000 Mark mitgenommen und die neue Einrichtung teilweise zerstört. Spiegel und Spiegelschränke eingeschlagen, Betten zerlegt usw.

**Pfalz, Hessen und Umgebung.**

Aus der Pfalz, 8. Okt. Auch der König wird zu spekulativen Speculationen zurückgekehrt. Die Erwartung, daß die freiwilligen Angebote der Dienstadtgeber ausreichen würden, um wenigstens den dringlichen Bedarf der Lazarett- und Krankenanstalten zu decken, hat sich nicht erfüllt. Die bisherigen Bedarfsanmeldungen lassen erkennen, daß die zur Verfügung gestellten Vorräte der Blücker bei weitem nicht ausreichen, um diesen hauptsächlich für unsere verwundeten Krieger bestimmten Bedarf zu decken. Wenn auch nicht

verkannt wird, daß die Preise schon größtenteils verfallen ist, so ist nach vorläufigen Schätzungen doch noch fast ein Drittel im Besitz der Blücker, daß er zur Deckung des Krankenbedarfs ausreichen würde. Rummel werden die Hingelichter nochmals unerschöpflich aufgefördert, ihre überschüssigen Vorräte zum Höchstpreis abzugeben. Bei dem äußerst dringenden Bedarf der Lazarett- ist unter Umständen die Beschaffung der Vorräte zu erwägen.

Aus der Pfalz, 7. Okt. Wiederholt ist in der Presse konstatiert worden, daß von Privat ein schwunghafter Schuhhandel betrieben wird, der natürlich nicht erlaubt ist. Rummel stellt sich heraus, daß in der Schuhfabrik Fitzmaßens geheime Schuhfabriken in größerer Blüte stehen. Mehrere Beamte der Bekleidungsindustrie und des bayer. Außenamtes sind deshalb dort angekommen, um diesen dunklen Gewerbe nachzugehen. Sie haben auch bereits Erfolg gehabt, indem bei der Besuche des im Felde stehenden Knopfmacherei-Betriebs Alfred Weiß, welcher ebenfalls im Geheimen die Schuhfabrikation betrieb, 70 Dugend Stiefel im Werte von 3000 Mark beschlagnahmt wurden. Weitere Beschlagnahmen sind zu erwarten.

Wiesbaden, 7. Okt. Zur Erzielung von Erparnissen bei Heizung und Beleuchtung hat die Handelskammer für ihren Betrieb von Mitte Oktober ab die durchgehende Arbeitszeit von 12 Uhr bis 12 Uhr eingeführt.

München, 7. Okt. Im Zusammenhang mit dem 70. Geburtstag Hindenburgs hat das Rüdologium in Erlangen eine Forderungsstiftung errichtet, indem es fünf bayerische Freistellen für mittelmäßig gebildete Kriegsteilnehmer stiftete. Für zwei Knaben ist die volle Verpflegung im Schülerheim vorgesehen.

**Berichtszettel.**

17. Leipzig, 6. Okt. Das Landgericht Frankfurt a. M. hat am 11. Okt. die 25 Jahre alte unverheiratete Anna Ciffl wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte reiste im November 1916 von Mannheim nach Berlin, um ihren Geliebten, einen Soldaten, zu besuchen. Mit ihr im Zuge befand sich eine Frau mit Kind. Die Angeklagte fragte, nach deren Reiseziel und ließ sich ihre Fahrkarte zeigen, welche die Frau aus ihrer Handtasche nahm, in der auch ihr Geldbeutel sichtbar wurde. Als die Frau mit dem Kind ausstieg, war ihr die Angeklagte behilflich, die Sachen hinauszureichen. Während die Frau sich auf dem Bahnsteig mit dem Kinde zu schaffen machte, muß die Angeklagte schnell die Gelegenheit wahrzunehmen und aus der Handtasche, die sie diese hinausreichte, das Geldbündel mit einem Inhalt von 30 M. entwendet haben. Unmittelbar nachdem der Zug weiter gefahren war, bemerkte die Frau das Fehlen des Geldbündelchens. Auf telegraphische Nachricht hin wurde die Angeklagte in Hanau durchsucht und es fanden sich bei ihr 30 M. in Geldscheinen usw. vor. Die Scheine wurden der Beschäftigten vorgelegt und sie erklärte, daß sie einen Zweimarkschein an einem eigenartigen Flecke und einen 10 M.-Schein an der besonderen Art, wie sie ihn zusammengepackt habe, wiedererkenne. Trotzdem die Angeklagte die Tat bestritt und glaubhaft zu machen suchte, daß sie 50 M. von Hause mitgenommen habe, sah das Gericht auf Grund der erwähnten Aussage der Frau die Täterschaft der Angeklagten als erwiesen an, zumal sie ihr, einerseits wegen Eigentumsvergehens vorbestraften Person zugutrauen war. Die Revision der Angeklagten, welche noch immer die Tat bestritt, und die Schuld als nicht genügend festgestell bezeichnet, wurde heute vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. (AD 291—17.) Nachr. verb.)

Die Schweigepflicht des Arztes. Der Krieg bringt es mit sich, daß ungezählte Tausende vor ihrer Kulturentfaltung auf einem Privatstand auf ihre Felddienstauglichkeit untersucht werden. Zweckmäßig gelangen dadurch häufig Krankheitsgeschichten — auch aus früherer Zeit — zur Kenntnis des Arztes, deren Veröffentlichung aus den verschiedensten Gründen im Interesse desjenigen liegt, der den Arzt ins Vertrauen zieht. Solange der letztere lebt, ist mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Arzt absolute Schweigepflicht bewahren wird, da er sich anderenfalls noch 300 St.-G.-M. Strafe machen würde. Wie sieht es aber nach seinem Tode? Wird der Testamentvollstrecker derselben sich als Feige darüber vernachlässigen lassen, ob ein Patient den Verstorbenen einmal an der und der Krankheit von ihm behandelt worden ist? Das Oberlandesgericht Posen verneint dies in einer seiner jüngsten Entscheidungen (Urteil vom 5. März 1917). Der Testamentvollstrecker gebietet zu denjenigen Personen, welchen Trauer ihres Amtes Lasten anvertraut sind, deren Geheimhaltung durch die Natur derselben geboten ist und die daher zur Zeugnisverweigerung befugt sind (§ 383 Zivilprozedurordnung). Der Testamentvollstrecker ist aber nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet, den ausdrücklichen oder mutmaßlichen Willen seines Auftraggebers zu erfüllen. Daß es aber der Wille des Arztes ist, Betrugsgeschichten, die in sein Tagebuch eingetragen sind und die sich nicht auf den ärztlichen Befund zu erstrecken brauchen, sondern auch private Offenbarungen des Patienten umfassen können, nicht nur bei seinen Lebzeiten streng zu hüten, sondern sich selbstverpflichtet auch nach seinem Ableben zu hüten, ist als selbstverständlich anzunehmen. An diesen Willen des Arztes ist kein Testamentvollstrecker gebunden. Sonst wäre kein Kranke davor sicher, daß wider seinen Willen das amnestrierte Geheimnis nach dem Tode des Arztes durch Offenbarung des Tagebuchs in einem Zivil- oder Strafprozeß vermerkt werden könnte.

**Zeichnet die 7. Kriegsanleihe!**

Knochen, Hüfte, Rippen, Schädel sind in langsam schließender Bewegung; langsam gleiten sie den steilen Berg hinab, den sie selbst bilden, gleiten in eine Rinne, zu deren beiden Seiten eifrige Arbeiterinnen stehen, gleiten weiter in ein ewig rollendes Rollenwerk, das sie emporgleitet zu den Extraktoren. Die Rollen sind hinter uns tauchen und dröhnen in zuweilen gebrochener Rhythmus, die Handgriffe der Arbeiterinnen sind gleichmäßig und geordnet, — die Luft aber, die Geräusche, die Geräusche und das Bild des Berges sind Ungleichheiten, deren Wirkung so lebhaft und bestemmend ist, daß die Sinne in dumpfer Spannung nur hinhin gelten.

Stimmen stehen wir da, mellenfern von allem, was uns bisher vertraut war und demogte. Stehen reglos da und starren hinab auf den Knochenberg. Dort tollert ein huf hufes über kantige Klippe und runde Gesteine, dort schließt sich ein gründer, hoch zugespitzter Verdeschädel den Abhäng hinunter. Sie alle wandern den gleichen Weg in eine der sechs Reaktionen, wo sie zerrieben und ausgepreßt werden, um nach die Kraft der Gerippe zum Nutzen lebender Tiere und nicht minder lebender Maschinen herzugeben. Die Luft steht trübe vor den Augen von all den Millionen Tieren seinen Knochenknobes, sie ist geschwängert vom Hauch der Verwesung, ringsum ist alles ein Bersten, Schaben, Schleifen, Knacken und wieder Bersten.

Das ist der Knochenberg, der zwischen Kriegsfront und Stappengrenze Tag für Tag in Bewegung ist: Gerippe einstiger Tiere, organisiert für fabrikmäßige Arbeit, wie irgend ein anderes Material. Tieropfer des Krieges bringen dem Menschen hier ihren letzten Tribut.

Das ist der Knochenberg auf dem Wege zwischen Krieg und Frieden; sein Bild und sein Ton sind Ausklang wider Schicksal: sein Zweck ist praktischer Stoff für praktischen Gebrauch. Er nährt das Vieh und füllt die Maschinen.

Die Männer, die diesen Betrieb ausgebaut haben und leiten, Verwaltungsoffiziere von Ober-Ost, sind sich des Wertes ihrer Arbeit bewußt: Futtermehl und Fett sind heute zwei der wichtigsten Produkte, hier werden sie gewonnen. Nun denn, man führt den Besucher ohne Zeitverlust hierher. Die Offiziere, die uns nach achtzehnständiger Reife ohne weiteres vor diesen Knochenberg führen, beachten scharflich nicht an das „Bathisch-Monumentale“ dieser Gebäude. Auch an das Bismarck des Bildes und an die Kraft seiner Symbolik haben sie wohl kaum gedacht. Sie tun ganz einfach ihre nächstern Pflicht, wo und wie es am besten geht, und darum drängen sie uns sogleich an diesen Ort. Kommt mit seinen Bauten, Einrichtungen, Schicksalen und Sitten, das kommt nachher.

Robuste Kalottität (hat uns das Erlebnis des Knochenberges, und eben darin liegt das Wunderbare. Dabei sind diese selben Männer — als Privatmännchen — nichts weniger als großräumig oder nativ. Einige Stunden später unterteilt man sich im Rauchzimmer des Verwaltungspalastes — im Hintergrund eine Galerie russischer Holbildnisse — von Psychologie, von deutschen Sonetten und den Prinzipien der modernen Oper. . . Das ist der Knochenberg, von dem ich kurz sprechen wollte. Und ich glaube wirklich, daß seine Geschichte etwas Typisches hat. (Zent. Berlin.)

**Ein deutsches Völkerrechtswerk im Kriege.**

(Zur Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht in Heidelberg.) Die Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht, die in diesem Monat ihre Vollversammlung in Heidelberg abhalten wird, stellt das Ergebnis einer das internationale Recht und den internationalen Frieden fördernden Entwidlung dar, in deren Dienst sich führende Männer aus allen Berufskreisen des Deutschen Reiches stellen. Die Entstehungsgeschichte, die Arbeitsweise und die Ziele dieses großen Unternehmens sind mit den beiden großen internationalen Vereinigungen der Völkerrechtswissenschaft verknüpft, die im Jahre 1873 in Belgien ins Leben gerufen wurde. Im September 1873 wurde auf Anregung des Heidelberger Völkerrechtlers Bluntzschli und des belgischen Gelehrten Moyn-Jacquens in Gent das „Institut de Droit International“, im Oktober in Brüssel die „International Law Association“ gegründet. Beide Vereinigungen waren eine Folge des deutsch-französischen Krieges, beide galten der Regelung des internationalen öffentlichen Rechtes, dem Wirken für internationale Schiedsgerichte, der Einigung eines entsprechenden ständigen Gerichtshofes usw. Das Institut de Droit International suchte als rein wissenschaftliche Körperschaft, der eine ziemlich begrenzte Zahl Rechtsgelehrter angehörte, das Völkerrecht auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Tatsächlich hat das Institut auch Grundzüge für den internationalen Rechtsverkehr aufgestellt, die stark auf die internationale Rechtsbildung wirkten. Deutschseits waren an dem Institut u. a. die Völkerrechtswissenschaftler Harderger, v. Bluntzschli und Klemm beteiligt. Die International Law Association schlug einen mehr praktischen Weg ein, in ihrem Rahmen arbeiteten Männer der Wissenschaft und der Praxis zusammen. Unter den Deutschen, die an beiden Unternehmen teilnahmen, trat in den letzten Friedensjahren besonders Klemm hervor, unter

dessen Leitung im Jahre 1912 auf der Pariser Tagung der International Law Association eine deutsche Landesgruppe unter dem Namen „Deutsche Vereinigung für internationales Recht“ gebildet wurde. Der Ausbruch des Weltkrieges hat diese ganze Bewegung mitten entzogen gerissen. Die Deutsche Vereinigung für internationales Recht aber hat sich vor eine schwierige Frage gestellt, da sie eine Weiterarbeit im Rahmen der International Law Association unmöglich war. Endlich wurde der Beschluß gefaßt, daß die deutsche Vereinigung bis zur Wiederherstellung des Friedens selbstständig arbeiten sollte. Alle Verhaltungen und alle seit drei Jahren gemachten trüben Erfahrungen haben die deutsche Völkerrechtswissenschaft nicht gelindert, ihre Pläne weiter auszubauen, um für die Zukunft eine wirksame Vertretung deutscher Rechtsüberzeugung zu gestalten. Im Hinblick darauf, daß mit einem Druck sowohl englisch-amerikanischer wie auch französischer Rechtsauffassung zu rechnen ist, erschien die oben erwähnte deutsche Landesgruppe der International Law Association nicht mehr genügend, und so trat man unter Leitung Professor Theodor Klemm an die Schaffung einer neuen Organisation: der „Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht“. Besonders beachtenswert ist, daß diese neue Gesellschaft, den Ergebnissen und Forderungen der letzten Jahre entsprechend, nicht nur Gelehrte, sondern zahlreiche Männer der Praxis aus allen Gebieten internationaler Betätigung heranzieht, wie Diplomaten, Offiziere in leitenden Stellungen, führende Vertreter des Wirtschaftslebens usw. Denn es gilt nicht nur, die deutsche Rechtsauffassung nach dem Kriege einheitlich zur Geltung zu bringen, sondern es müssen alle Bedürfnisse des deutschen Wirtschaftslebens, unsere Seehaft, unser Handel, unsere Güterverzeugung usw. berücksichtigt werden. Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus den hervorragenden Kennern des Völkerrechts, denen ein aus höchstens 32 Mitgliedern gebildeter Rat zur Seite steht. Die erste Vollversammlung, welche Vorstand und Rat auf drei Jahre wählte, konnte im März 1917 im Gebäude des preußischen Abgeordnetenhauses die Sitzungen festlegen. So hat der Weltkrieg sich in Deutschland als besonders machtvoller Förderer der Entwidlung des Völkerrechts erwiesen.

**Bücherei.**

Ein Reichswirtschaftsamt zur Vertretung der Interessen von Industrie und Handel im Frieden und im Krieg von Dr. R. Arntzen, Handelskammerfondus, Karlsruhe i. B. 1917. G. Braun'sche Buchverlag und Verlag. Preis M. —.—.

### Letzte Meldungen. Der bulgarische Bericht.

Sofia, 7. Okt. (S. B. Richtm.) Amtlicher Heeresbericht.  
**Mazedonische Front.**

Auf der ganzen Front geringe Artillerietätigkeit, die etwas lebhafter östlich des Prespaes und in der Gegend von Rogliena und westlich des Dobrujaes war.

#### Rumänische Front.

Bei Rahmudia Gemeheser. In der Nähe von Tulcea lebhaftes Artilleriefeuer.

### Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 7. Oktober. (S. B. Richtm.) Amtlicher Heeresbericht.

**Kaukasusfront:** Am rechten Flügel einige Patrouillenkämpfe zu unseren Gunsten.

**Fronten:** In der gegen Giza beiderseitiges Artilleriefeuer und lebhaftes Patrouillentätigkeit. Ein englischer Offizier und ein Feldwebel wurden gefangen.

**Halasfront:** Auf die Unterkeimorte feindlicher Städte wurden wirksame Artilleriefeuerüberfälle gemacht.

Am den übrigen Fronten keine wesentlichen Ereignisse.

### Die Revolution in Russland.

#### Vor der Bildung des Kabinetts.

Petersburg, 8. Okt. (S. B. Richtm.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Um 8 Uhr nachmittags fand unter dem Vorsitz Kerenski eine Beratung der Regierung mit einer Abordnung der demokratischen Konvention und Vertretern der bürgerlichen Kreise statt. Die Beratung führte in allen Fragen zu einer Übereinstimmung. Kerenski schloß die Beratung und erklärte, die Regierung sei bereit, unverzüglich ein vollständiges Kabinet zu bilden, damit die Regierung auf den wesentlichen Entscheidungen an die Arbeit gehen könne.

#### Der Eisenbahnerstreik.

Petersburg, 7. Okt. (S. B. Richtm.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Das Exekutivkomitee der Eisenbahner erklärte, wie die Blätter melden, daß der Ausbruch nach und nach durchgeführt werden soll. In der ersten Phase werden die Güter für weite Entfernungen aufhören. Die folgenden Phasen werden bis zum 10. Oktober verlaufen. Wenn die Regierung nicht nachgibt, wird der Lebensmittelverkehr eingestellt werden und später die Verproviantierung der Fronten.

#### Leits in der russischen Heeresleitung.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 8. Okt. (Priv.-Tel. 3. R.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Der Petersburger Korrespondent der „Daily News“ schreibt, daß eine ernste Krise in der russischen Heeresleitung vorhanden sei, die darin bestehe, daß es an Generälen für die Leitung der Armeen fehle. Man müsse sich damit trösten, daß der Winter bevorstehe, der ja an der russischen Front ein hohes Maß Kampfpause bedeute.

#### Die „Rietich“ tritt für Deutschlands Antwortnote an den Papst ein.

m. Bl. 8. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Rheinische Zeitung“ meldet aus Stockholm: Großes Aufsehen erregt nach Meldungen aus Russland in Petersburg die Opposition der „Rietich“, des Organs der Revolutionären, gegen Tereschenkos Erklärungen zur Antwortnote Deutschlands an den Papst, die dieser in Übereinstimmung mit der Auffassung in London und Paris in der letzten Nummer der „Rietich“ kritisiert. Der besagte Aufsatz der „Rietich“ kritisiert an Tereschenkos Ausspruch, die russische Politik der letzten Monate sei eine Politik der Paradoxie gewesen, an und sagt unter anderem:

Erfahrene Leute hätten voraus gesehen, daß die bittere Erfahrung, die Erfolge des demokratischen Friedens auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuführen werde. In Deutschland vollzieht sich seit der Friedensresolution im Reichstag am 19. Juli ein ungeheurer wichtiger Prozeß des allmählichen Abbaus des telegographischen Imperialismus der ersten Kriegsjahre. Ohne Zweifel sei die Papstnote eine Stütze auf diesem noch nicht abgeschlossenen Wege. Man sehe den Zweck der offensichtlichen Entstellung der deutschen Note durch Tereschenko gerade jetzt für Russland nicht ein. Die deutsche Antwort hat keine Unklarheiten, sie bringt zwar nicht den Frieden, hat aber nicht den Sinn den ihr Tereschenko andichtete, nämlich die Herbeiführung eines sogenannten deutschen Friedens auf Grund der Kriegserfolge, wobei nur unter besonderen Bedingungen ein Teil des besetzten Gebietes herausgegeben werden soll. Diese Auslegung Tereschenkos wird noch schärfer in einem zweiten Aufsatz der „Rietich“ vom Sonntag unterstrichen und von dem betannten Völkerechtslehrer

Baron Kolde zurückgewiesen. Es könne niemals verhängnisvoller werden, schreibt dieser, die Wirklichkeit mit Phrasen, die hundertmal abgedroschen seien, aufhalten zu wollen. Der Trost, man soll ruhig sein, verjage bei dem Gefühl, daß bei Beendigung des Krieges noch schwere Prüfungen bevorstünden, nicht; dagegen sprechen viele Anzeichen dafür, daß Deutschland entschlossen sei, den Krieg zu beenden.

#### Keine Wiederaufnahme der russischen Offensive.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 8. Okt. (Priv.-Tel. 3. R.) Nach Schweizer Berichten aus London wird der „Daily Mail“ aus Petersburg gemeldet: Die demokratische Konvention hat alle Entwürfe der Regierung von der Tagesordnung abgesetzt, die der Wiederaufnahme der russischen Offensive gälten.

#### Floyd George sagt ab.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 8. Okt. (Priv.-Tel. 3. R.) Nach Schweizer Berichten aus London meldet „Manchester Guardian“, daß Floyd George seine für Samstag in den Gemerkschaften Manchester angekündigte große politische Rede telegraphisch abgesetzt habe. Die Blätter trüpfen hieran die Erwartung, daß Floyd George auch weiterhin schweigen werde, und daß die Animosität Englands immerhin Ausichten auf eine Besprechung mit dem Feinde haben werde.

#### Allgemeiner Transportarbeiterausstand in Paris.

Paris, 7. Okt. (S. B. Richtm.) Meldung der Agence Havas. Der allgemeine Ausstand der Transportarbeiter wurde heute Nacht beschlossen. Eine gewisse Anzahl von Automobilmotoren verkehrt. Die Arbeiterbörse erklärt, daß der Ausstand voraussichtlich am Montag beendet sein wird, wenn den Ausständigen die Forderungen bewilligt werden. Etwa 50 Wagen sind ausgeführt. Eine Abordnung unter Führung des Vorsitzenden des Transportarbeiterbundes, Bainhard, begab sich zu Painlevé. Nach den polizeilichen Feststellungen sind bei den Omnibusgesellschaften 3000 Angestellte ausständig. In einigen Depots erreichten sich Zwischenfälle.

#### Die Tätigkeit der österreichischen Flieger.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 8. Okt. (Priv.-Tel. 3. R.) Zürcher Zeitungen zufolge berichten „Secola“ und „Corriere della Sera“ übereinstimmend eine außerordentlichen Zunahme der feindlichen Lufttätigkeit an der ganzen italienischen Front. Der Bericht von Venedig hat neue Verbaltungsmaßnahmen bei feindlichen Fliegerangriffen auf das Stidgebiet verordnet.

#### Der rotazierte englische Schiffsverkehr.

[C] Berlin, 8. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Nach der englischen Zeitschrift „Scotsman“ hat der gesamte Schiffsverkehr in dem am 30. Juni 1917 zu Ende gegangenen Halbjahr sich auf nur 4257000 Tonnagen gegen 10344670 Tonnagen in der entsprechenden Zeit des Jahres 1914 betraffen.

#### Die Amerika seine Schiffe ergänzen will.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 8. Okt. (Priv.-Tel. 3. R.) Der militärische Mitarbeiter der „Zürcher Post“ schreibt: Aus Amerika kommt die Nachricht, daß die Vereinigten Staaten zur Vermehrung ihres Schiffsbestandes die in den Häfen liegenden neutralen Schiffe beschlagnahmen wollen. Falls sich dies bestätige, so müßte man, meint der Berichterstatter, darin eine Befruchtung der deutschen Auffassung über die gute Wirkung des U-Boottkrieges erblicken.

#### Noch keine Einigung in der elsass-lothringischen Frage.

[C] Berlin, 8. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.) In der elsass-lothringischen Frage ist eine Einigung noch nicht herbeigeführt worden. Der Reichstag, dessen letzte Tagung noch im Laufe dieser Woche schließt, wird Ende November wieder zusammentreten; in der Zwischenzeit wird die Entscheidung über die zukünftige Gestaltung des staatsrechtlichen Verhältnisses Elsass-Lothringens zum Reiche fallen, und die Reichsregierung wird sodann im Reichstag entsprechende Erklärungen abgeben.

#### Die Beschlüsse des demokratischen Kongresses unverbindlich für das Direktorium der Republik.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 6. Okt. (Pr.-Tel. 3. R.) Nach Zürcher Berichten besagt ein Petersburger Telegramm des „Corriere della Sera“: Eine Information des Ministeriums an die verbündeten Pressevertreter erklärte die Beschlüsse des demokratischen Kongresses nach Aufnahme allgemeiner Friedensbestrebungen als unverbindlich für das Direktorium der Republik. Die gefassten Beschlüsse des Kongresses haben in Petersburg Erregung, bei den Regierungskreisen aber peinliche Überraschung hervorgerufen.

## Handel und Industrie.

### Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 8. Okt. (Pr.-Tel.) Die Grundtendenz war bei Eröffnung der Woche gut behauptet und die Tätigkeit auf einzelnen Marktgebieten beschränkt. Auf dem Montanmarkt sind wenig Veränderungen anzuzahlen. Für Badener bestand einige Nachfrage bei erhöhtem Niveau. Bochumer, Phoenix und Harpener hatten einen guten Markt. Bei den Chemischen Werten ist wenig Veränderung zu beachten. Badische Anilin, Rütgerwerke etwas lebhafter gehandelt. Von Autoaktien wurden Benz lebhaft umgesetzt. Kleyer und Daimler gingen ebenfalls bei besseren Kursen hervor. Maschinenfabriken konnten sich gut behaupten. Köln-Rothweg und Rheinmetall standen in Nachfrage. Zement Heidelberg bewährte feste Haltung, auch Petroleumaktien konnten sich befestigen. Der Bankmarkt war ruhig. Kreditaktien und Deutsche Bank wurden höher genannt. Von Eisenbahnaktien bestand für Schantung, Orientbahn und Staatsbahn einiges Interesse. Schiffahrtsaktien schwächten sich vereinzelt etwas ab. Oesterreichisch-ungarische Werte behauptet. Heimische Anleihen stiegen. Für türkische Lose machte sich Nachfrage bemerkbar. Japaner behauptet. Die Börse schloß bei behaupteter Tendenz. Privatdiskont 4%.

### Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 8. Oktober (Devisenmarkt.)  
Auszahlungen für:

	Gold	8.	5.	Brief
Konstantinopel	20.40	20.50	20.20	20.50
Holland 100 Gulden	303.75	304.50	303.75	304.25
Dänemark 100 Kronen	221.00	221.50	220.00	220.50
Schweden 100 Kronen	245.75	246.25	243.75	244.25
Norwegen 100 Kronen	222.25	222.75	220.25	220.75
Schweiz 100 Franken	152.75	153.00	151.75	152.00
Oest.-Ungarn 100 Kronen	64.20	64.30	64.20	64.30
Spanien	130.75	131.75	130.75	131.75
Bulgarien 100 Leva	80.75	81.25	80.75	81.75

### Gesellschaft für Warenkunde.

Hamburg, 6. Okt. Hest: wurde von führenden Persönlichkeiten der Industrie, des Handels und der Wissenschaft eine „Gesellschaft für Warenkunde“ gegründet. Diese neue Gesellschaft, die ein Bindeglied zwischen wissenschaftlicher Forschung und praktischer Betätigung darstellt, gewährt ihren Mitgliedern, dem Behörden und wissenschaftlichen Anstalten Einsicht in ihre Sammlungen und erteilt ihnen jede gewünschte Auskunft auf warenkundlichen Gebiete. Die tritt ferner für die Interessen der in Industrie und Handel tätigen, namentlich der mit dem Einkauf betrauten Persönlichkeiten nach besten Kräften ein und unterstützt sie durch geeignete Fingerzeige und Uebersendung aktueller Materials.

Dem Vorstände gehören an: als Erster Vorsitzender Stadtrat Ruth, Industrieller, Wandbek; als Stellvertreter Vorsitzender Dr. Otto Beyer, Handelschneider, Hamburg; ferner Dr. pl. Dr. ing. h. c. H. Classen, Direktor der Rheinischen Aktienvereins für Zuckerfabrikation, Dormagen, Professor Dr. K. Dieterich, Direktor der Chemischen Fabrik Helfenberg, A.-G., Helfenberg b. Dresden, Syndikus Dr. H. Haerberlin, Leipzig, Joh. Keine-weger, Maschinenfabrikant, Kneßel, Dr. P. Kraus, Tübingen, Hch. Landsberg, Generaldirektor der Hedderheimer Kupferwerke und Süddeutschen Kabelwerke A.-G., Frankfurt a. Main, Kommerzienrat Leo Lustig, Generaldirektor der Deutschen Eisenhandels-Aktiengesellschaft, Berlin, Kommerzienrat Dr. Felix Ohm, Meissen, Prof. Dr. v. Pöschl, Direktor des Instituts für Warenkunde an der Handelshochschule Mannheim, Emil Pospolier, Stahl-Großhandlung, Hamburg, Generaldirektor H. Wieseler, Nürnberg, F. R. E. von Woodtke, Rittgerut Sydow.

Dem Gründungsausschuß sind über hundert angesehene Vertreter der Industrie, des Handels und der Wissenschaft beige-treten.

Der Sitz der Gesellschaft nebst deren Institut befindet sich in Hamburg, Leranenhaut.

### Mannheimer Produktionsbörse.

Kleinsamen.

Offizielle Höchstverkaufspreise der Händler vom Erzeuger per 50 kg netto ohne Sack, gute Durchschnittsqualität:

Rotklee, seidefrei, inländischer	250.—
Weißklee, seidefrei	152.—
Schwedisch-Klee, seidefrei	200.—
Gelbklee enthüllt, seidefrei	90.—
Inkarnatklee, seidefrei	—
Luzerne, seidefrei	—
Espartette	60.—

**Kriegsanleihe-Versicherung**  
mit günstigen „Päsilix“ Monatsraten (ohne Zuschläge) mit und ohne Untersuchung. — Sofortige Vollausszahlung im Kriegeserbfalle durch die Filial-Direktion: K. Th. Balz, Mannheim, Friedrichsring U 3, 17. Tel. 3640.

Mittwoch, den 10. Oktober Schluss der **Gemälde-Ausstellung**  
müßigste Probe wegen Versandumständen. 2507  
An den Planken P 4, 13 (Strohmarkt)

**Dresdner Bank**  
Filiale MANNHEIM  
P 2, 12, Planken.  
Aktienkapital und Reserven **Mark 261000000**  
Besorgung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

**Selbsthilfe bei Brandausbruch!**  
Explosion. Der Brand konnte durch Minimax-Apparate gelöscht werden; sie funktionieren tadellos und jede Gefahr wurde sofort beseitigt. Buchdruckerei Louis Rofor, Göttingen, d. 2. 2. 17.  
Blitzschlag. Der Brand entstand im Haus für des Fabrikgebäudes und wurde gleich im Entstehen durch Minimax gelöscht. Wollwarenfabrik Schmidt's Wwe., Asch, d. 15. 6. 17.  
Brandstiftung. In einem Schuppen Feuer. Es wurde mit einem Minimax-Apparat gelöscht. Der Apparat bewährte sich gut. E20e  
Hoffens. H. Dieckhoff, Lüdigen, d. 25. 5. 17.  
„Minimax“-Handfeuerlöscher, stets gelrauchbereit unabhängig von Wasseranlag, kalkwiderstandsfähig bis 90°, leicht handlich, selbst von Frauen u. Kindern zu handhaben, Aus-tübrungen für alle Zwecke von Mk 60.— an. Ueber 900000 Minimax-Apparate i. Gebrauch! Ueber 450000 gelöschte Brand-Löschungen! 100 Menschenleben u. Feuergefahr errettet! Verlangen Sie Sonderdruckeschrift „Th“  
Minimax Berlin W. 9, Linienstr. 11 (C 15)  
Telegr. Minimax-Berlin, Fernr. Litzow 9919.  
Minimax Stuttgart, Schwabstr. 106  
Telegr. Minimax-Stuttgart, Fernr. 1202.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sagen aufrichtigen Dank.  
Therese Helffenstein Wwe. nebst Tochter.

**Haut-, Blasen-, Frauenleiden**  
Prof. Ehrlich's geniale Erfindung: Syphilis-Heiler.  
Eine Quecksilber-, ohne Einspritz, Blut-Drainage, ohne Untersuchung, Ehrlich-Haia-Kuren ohne schädliche Nebenwirkungen.  
Spezialarzt Dr. med. HOLLANDER, Berlin W. 8, Leipzigerstr. 105. Hamburg, Götten-naden 20, täglich 11-1, 6-7, Sonntags 11-1 Uhr.

**Wollen Sie den Feldgrauen eine Freude machen, dann senden Sie denselben regelmäßig die Feldausgabe des Mannheimer General Anzeigers**  
Sie wissen Ihnen Dank dafür, sind Ihnen doch Mitteilungen durch die Heimat-Zeitung besonders wertvoll u. erwünscht.  
Bestellungen nehmen täglich entgegen: Befugnis monatlich M. 1.50  
Die Geschäftsstelle E 6, 2

